

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2021

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
Rat der EU: Sloweniens Ratspräsidentschaft .....	1
EWSA: Stellungnahme zur EU-Kindergarantie .....	1
EU-Parlament: Entschließung zur Förderung von sexueller und reproduktiver Gesundheit .....	1
EU-Kommission: Verfahren wegen Grundrechtsverletzung gegen Ungarn und Polen .....	2
EU-Kommission: Konsultation über barrierefreie Web- und digitale Inhalte .....	2
EuGH: Entscheidung zum Recht auf Krankenversicherung nach Umzug in einen anderen EU-Staat .....	2
EU-Kommission: Vorschläge zur Umsetzung des Europäischen Klimagesetzes angenommen .....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Belgien: Digitale Ungleichheiten im Homeschooling .....	3
Frankreich: Kennzeichen für familienfreundliche Unternehmen entwickelt .....	3
Frankreich: Kampagne für inklusive Schulen .....	3
Schweiz: Ungleichheiten beim Zugang zu Kitaplätzen .....	4
Slowakei: Debatte um Reparationen für Betroffene von Zwangssterilisierung .....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
OECD: Zweiter Youth and Covid-19 Survey .....	4
European Youth Forum: Projekt für Partizipation und Aktivismus junger Menschen .....	5
5 Rights Foundation: Forderung von Kinderrechten im Gesetz über digitale Dienste .....	5
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>5</b>
EU-Kommission: Bericht zur Beschäftigung und sozialen Entwicklung .....	5
OECD: Bericht zu den Problemen junger Menschen in der Pandemie .....	6
Joint Research Centre: Bericht über Einsamkeit in der EU .....	6
Eurostat: Interaktive Statistiken zur Demographie Europas .....	7
UNECE: Policy Brief zum Altern im digitalen Zeitalter .....	7
ESPN: Kurzberichte zu sozialpolitischen Entwicklungen .....	7
ECDC: Bericht über Covid-19 bei Kindern und Schulbildung in der Pandemie .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>8</b>



## Nachrichten aus den EU-Institutionen

---

### Rat der EU: Sloweniens Ratspräsidentschaft

Slowenien hat zum 1. Juli 2021 die Ratspräsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernommen. Damit hat der letzte Vorsitz im Rahmen des Trios aus Deutschland, Portugal und Slowenien begonnen. Die drei Mitgliedstaaten hatten sich ein gemeinsames Programm für die 18 Monate gegeben, in denen durch die Pandemie vor allem die Förderung der wirtschaftlichen Erholung zentral geworden ist. Erholung und Resilienz bleiben ein Schwerpunkt unter dem slowenischen Vorsitz. Außerdem soll die Zukunft Europas, die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit in der EU und Sicherheit und Stabilität der europäischen Nachbarschaft Prioritäten sein. Hinsichtlich der Europäischen Kinderrechtsstrategie ist zu erwarten, dass im Rahmen der Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen verabschiedet werden. Dies könnte bereits im Oktober 2021 der Fall sein.

- [Website der slowenischen Ratspräsidentschaft](#)

### EWSA: Stellungnahme zur EU-Kindergarantie

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat eine Stellungnahme veröffentlicht, in der er die Einführung der Europäischen Garantie für Kinder begrüßt. Der EWSA betont, dass zur bestmöglichen Umsetzung der Garantie zivilgesellschaftliche Akteure sowie Kinder und Eltern verstärkt einbezogen werden sollten. Die Garantie solle laut EWSA um eine umfassende Präventionsstrategie gegen Gewalt an Kindern ergänzt werden, die für alle politischen Ebenen konkrete Aktionspläne umfasst. Dabei sollten Kinder, die mehrfach schutzbedürftig sind, besonders beachtet werden. Dazu zählten Kinder in alternativer Betreuung, Kinder mit Behinderungen, Kinder in prekären Lebensumständen und Mädchen. In der Stellungnahme wird außerdem vorgeschlagen, umweltpolitische Maßnahmen stärker an Kindern auszurichten, die von den Auswirkungen der Klimakrise stärker betroffen sein werden. EU-Klimaschutzmaßnahmen sollten daher auch den Schutz von Kindern vor Umweltgefahren einbeziehen.

- [EWSA: Stellungnahme zur EU-Kindergarantie](#) 

### EU-Parlament: Entschließung zur Förderung von sexueller und reproduktiver Gesundheit

Das EU-Parlament hat eine Entschließung vorgenommen, in der ein stärkerer Einsatz der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die sexuelle und reproduktive Gesundheit gefordert wird. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, den Zugang zu Gesundheitsleistungen wie Vorsorgeuntersuchungen und Mammographien zu verbessern. Außerdem solle die Sexualaufklärung junger Menschen gefördert und Zugang zu Verhütungsmitteln, Fruchtbarkeitsbehandlungen und Schwangerschafts-, Geburts- und Mutterschaftsfürsorge geschaffen werden. Die Mitgliedstaaten sind werden außerdem aufgefordert, ihre Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen unter dem Gesichtspunkt sexueller und reproduktiver Rechte zu überprüfen. Das Parlament fordert die Kommission auf, ihre Zuständigkeit im Bereich der Gesundheitspolitik auch im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit auszuschöpfen. Sie solle den Austausch von Best Practices innerhalb der EU fördern und europäische Standards für Schwangerschaft, Geburt und die Betreuung von Müttern schaffen. Der Entschließung vorausgegangen war ein Initiativbericht zur aktuellen Situation von sexueller und reproduktiver Gesundheit in der EU.

- [Bericht über die Lage im Hinblick auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte in der EU im Zusammenhang mit der Gesundheit von Frauen](#)

## EU-Kommission: Verfahren wegen Grundrechtsverletzung gegen Ungarn und Polen

Wegen Verletzungen der Grundrechte und des Grundsatzes der Gleichberechtigung leitet die EU Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und Polen ein. In Ungarn wurde kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das es unter Strafe stellt, Kinder und Jugendliche über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu informieren. In Polen haben LGBTQI-feindliche Gruppen sogenannte LGBT-freie Zonen proklamiert. Die EU-Kommission hatte Polen aufgefordert, die Existenz dieser Zonen und ihre Auswirkungen für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten in Polen aufzuklären. Da Polen dieser Aufforderung nicht angemessen nachgekommen sei, wurde das Vertragsverletzungsverfahren nun offiziell eingeleitet. Beide Mitgliedstaaten sind aufgefordert, innerhalb von zwei Monaten in einer Stellungnahme zu den Argumenten der Kommission Position zu beziehen. Wenn die Kommission durch diese Stellungnahme nicht davon überzeugt werden kann, dass die Grundrechte gewahrt werden, kann sie Klage gegen die Mitgliedstaaten beim Europäischen Gerichtshof einleiten.

- [Die LGBTQI-Gleichstellungsstrategie der EU 2020-2025](#) 

## EU-Kommission: Konsultation über barrierefreie Web- und digitale Inhalte

Die EU-Kommission plant eine Überprüfung der Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet. Dazu hat sie eine Konsultation gestartet, in der Menschen mit Behinderungen, Expert:innen für Barrierefreiheit, zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Behörden aufgefordert sind, die Richtlinie und ihre Durchführung zu beurteilen. Die EU-Kommission will mit der Konsultation herausfinden, ob es insgesamt Fortschritte in der sozialen und digitalen Inklusion von Menschen mit Behinderungen gegeben hat und ob sich der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Informationen verbessert hat. Sie erhofft sich Feedback, wie die Umsetzung verbessert werden kann, um mehr Inklusion zu ermöglichen. Die Konsultation steht auch in einer kurzen, leicht lesbaren Version zur Verfügung. Bis zum 25. Oktober 2021 können Interessierte sich beteiligen.

- [Konsultation zum Barrierefreien Web und digitalen Inhalten für Menschen mit Behinderungen](#)

## EuGH: Entscheidung zum Recht auf Krankenversicherung nach Umzug in einen anderen EU-Staat

Der europäische Gerichtshof (EuGH) hat anlässlich der Klage eines italienischen Staatsbürgers gegen seine Behandlung durch die lettische Krankenversicherung über das Recht auf Krankenversicherung für EU-Bürger:innen, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Herkunftsstaat leben, entschieden. Der Kläger war von Italien nach Lettland gezogen, um dort bei seiner Frau und seinen Kindern zu leben. Da er keiner Erwerbsarbeit nachging, verweigerte ihm der Nationale Gesundheitsdienst Lettlands die Aufnahme in die Krankenversicherung. Diese ist in Lettland an den Erwerbsstatus gebunden, von denen keiner auf den Kläger zutraf. Das Gericht entschied zwar, dass Unionsbürger:innen versichert werden müssten, die Krankenversicherung dürfe jedoch kostenpflichtig sein. Zudem haben Mitgliedstaaten das Recht, für nicht erwerbstätige EU-Bürger:innen die gleichen Regelungen anzuwenden wie für arbeitslose Staatsbürger:innen.

## EU-Kommission: Vorschläge zur Umsetzung des Europäischen Klimagesetzes angenommen

Die EU-Kommission hat ein Paket von Vorschlägen vorgestellt, mit dem die Ziele des Europäischen Klimagesetzes rechtswirksam umgesetzt werden sollen. Vorgeschlagen wird, die Obergrenzen für CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter zu senken. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen soll bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent verringert werden. Ab dem Jahr 2035 sollen keine Neuwagen mit CO<sub>2</sub>-Emissionen mehr zugelassen werden. Das EU-

Emissionshandelssystem solle zudem so überarbeitet werden, dass kostenlose Emissionszertifikate für den Luftverkehr abgeschafft und Schifffahrtsemissionen einbezogen werden. Zur Ergänzung des EU-Klimahaushaltes sollen außerdem alle Einnahmen der Mitgliedstaaten aus dem Emissionshandel für Projekte im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz sowie für den Ausgleich sozialer Folgen des nachhaltigen Wandels verwendet werden. Zudem sollen die Zielvorgaben für die Nutzung erneuerbarer Energien auf 40 Prozent erhöht werden. Die Kommission betont, dass sie einen Fokus auf die soziale Verträglichkeit des europäischen Green Deal legt. Zur Abfederung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Folgen des Übergangs zum klimaneutralen Europa werde das gesamte politische Instrumentarium eingesetzt.

- [EU-Kommission: „Fit für 55“: auf dem Weg zur Klimaneutralität – Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030](#)

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Belgien: Digitale Ungleichheiten im Homeschooling

Zu Eindämmung von Covid-19 lernen die Schüler:innen in Belgien seit Monaten mit einem Hybrid-Modell. In geteilten Lerngruppen nehmen die Schüler:innen die Hälfte der Zeit in der Schule am Unterricht teil und die andere Hälfte von Zuhause aus. In Belgien ist der Zugang zu digitalen Technologien sehr ungleich verteilt: So verfügen 29 Prozent der Haushalte mit niedrigem Einkommen über keinen Zugang zum Internet. Zwölf Prozent der Kinder aus benachteiligten Familien können nur über Smartphones das Internet nutzen. Als Lösung dieses Problems hat die Föderation Wallonien-Brüssel eine digitale Krisenstrategie gestartet, die unter anderem einen Zuschuss von 75 Euro zur Anschaffung benötigter Technik vorsieht. Die belgische Familienorganisation Ligue de Familles evaluiert das Programm. Die Organisation mahnt, dass das Recht auf kostenlose Schulbildung auch in Zeiten digitaler Transformation gewährt werden müsse.

### Frankreich: Kennzeichen für familienfreundliche Unternehmen entwickelt

Das französische Gesundheitsministerium fördert das Label „Family Friendly Company – 1.000 jours“, das ein Verein für frühkindliche Bildung entwickelt hat. Das Kennzeichen orientiert sich am 1.000-Tage Ansatz, der davon ausgeht, dass die 1.000 Tage von der Schwangerschaft der Frau bis zum zweiten Geburtstag ihres Kindes entscheidend für die Entwicklung des Kindes sind. Unternehmen, die das Kennzeichen tragen wollen, verpflichten sich zur Schulung von Führungskräften und anderen Mitarbeiter:innen zum Thema Elternschaft im Unternehmen und zur Umsetzung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere während der 1.000 Tage. Das Label soll dazu beitragen, Unternehmen als attraktiven Arbeitgeber zu kennzeichnen.

- [Initiative 1,000 Days](#) 

### Frankreich: Kampagne für inklusive Schulen

Das französische Netzwerk von Organisationen für Menschen mit Behinderungen Unapei hat die Kampagne #JAIPASECOLE gestartet („Ich habe keine Schule“). Die Organisationen wollen darauf aufmerksam machen, dass Kinder mit Behinderungen häufig keine erreichbare Schule finden, die auf ihre Bedürfnisse eingestellt ist. Die Kampagne arbeitet mit Erfahrungsberichten, in denen Kinder und Eltern die Hürden beschreiben, auf die sie im französischen Bildungssystem gestoßen sind. Unapei weist darauf hin, dass das Recht auf Bildung mit der sozialen

Teilhabe und der Möglichkeit eines selbstständigen Lebens zusammenhängen. Für wirkliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen sei es die Grundlage, ihnen den Besuch von Regelschulen zu ermöglichen und sie dort nach ihren Fähigkeiten zu fördern.

### Schweiz: Ungleichheiten beim Zugang zu Kitaplätzen

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen der Schweiz weist darauf hin, dass der Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung in der Schweiz sehr ungleich ist. Für Familien mit niedrigem sozio-ökonomischem Status gebe es deutliche Hindernisse, für ihre Kinder einen Betreuungsplatz zu finden. Das größte Problem seien die Kosten, für die es in der Schweiz keine staatlichen Zuschüsse gibt. Bei einem geringen Gehalt der Eltern lohne es sich so kaum, dass beide Eltern erwerbstätig sind. Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass gerade die Kinder, denen aktuell der Zugang fehlt, am meisten von der Förderung in einer Kita profitieren würden. Es wird vorgeschlagen, vergünstigte Tarife für Geringverdienende einzuführen.

- [EKFF: Die Kindertagesstätte: eine exklusive Einrichtung?](#) 

### Slowakei: Debatte um Reparationen für Betroffene von Zwangssterilisierung

Die Menschenrechtskommissarin des Europarates hat die Slowakei aufgefordert, Betroffene von Zwangssterilisierung in der Slowakei umfassend zu entschädigen. Dazu müssten Mechanismen geschaffen werden, die den Zugang für alle Betroffenen unkompliziert ermöglichen. Im Jahr 2003 war über Amnesty International bekannt geworden, dass seit 1989 mindestens 110 Frauen aus der Roma-Minderheit betroffen waren. Sie waren in Krankenhäusern nach Geburt eines Kindes sterilisiert worden, ohne darüber aufgeklärt zu werden und eine informierte Entscheidung treffen zu können. Die Justizministerin der Slowakei reagierte auf die Aufforderung mit einer Stellungnahme. Darin stellte sie dar, dass Betroffene über individuelle Klagen zu einer Entschädigung kommen könnten. Einen vereinfachten Mechanismus lehnte sie ab, da einzeln nachgewiesen werden müsse, dass es sich wirklich um eine Zwangssterilisation gehandelt habe. Die Menschenrechtskommissarin des Europarates hatte angemahnt, dass sich die Slowakei mit der Einführung von Reparationszahlungen deutlich für Menschenrechte und reproduktive Rechte der Frau positionieren würde.

- [Brief der Menschenrechtskommissarin des Europarates an Premierminister und Justizministerin der Slowakei](#)  
- [Antwort der Justizministerin an die Menschenrechtskommissarin](#)  

## Weitere Nachrichten

---

### OECD: Zweiter Youth and Covid-19 Survey

Zum zweiten Mal ruft die OECD Jugendorganisationen dazu auf, sich am Youth and Covid-19 Survey zu beteiligen. Mit dem Survey soll erfasst werden, ob sich ihre Sichtweisen auf die Probleme von Jugendlichen in der Pandemie und darüber hinaus verändert haben. Im April letzten Jahres wurde der erste Youth and Covid-19 Survey gestartet, um eine Datengrundlage für Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeit, psychische Gesundheit, Einkommen und soziale Teilhabe für junge Menschen zu schaffen. Ergebnisse des ersten Surveys waren, dass politische Maßnahmen für Jugendliche einen intergenerationalen Ansatz wählen sollten, um wirksam das Leben der

Jugendlichen zu verbessern. Im Bericht der OECD zum ersten Survey wird außerdem empfohlen, Vertreter:innen von Jugendorganisationen in die Planung von Programmen für Jugendliche einzubeziehen. Regierungen sollten außerdem mit statistischen Behörden zusammenarbeiten, um die Bedürfnisse von Jugendlichen genau zu ermitteln, bevor Maßnahmen geplant werden. Die Ergebnisse des zweiten Surveys sollen in Empfehlungen zur Gestaltung des Wiederaufbaus nach der Krise einfließen. Die Teilnahme ist bis zum 12. August möglich.

- [Zweiter Youth and Covid-19 Survey](#) 
- [Ergebnisse des ersten Youth and Covid-19 Surveys](#) 

### European Youth Forum: Projekt für Partizipation und Aktivismus junger Menschen

Das European Youth Forum hat mit Unterstützung der EU das Projekt „The 25 Percent“ gestartet. Junge Menschen im Alter bis zu 25 Jahren machen 25 Prozent der EU-Bevölkerung aus. Diesen möchte das Projekt bei der politischen Beteiligung helfen. Dazu wurde ein Handbuch erstellt, für das nützliche Informationen aktivistischer Arbeit gesammelt wurden. Enthalten sind Tipps, wie man die Ziele einer Kampagne definiert, sich kritisch mit eigenen Positionen auseinandersetzt und Andere von politischen Zielen überzeugt. Das Handbuch enthält außerdem praktische Hinweise für Strategien der politischen Kommunikation. Im Rahmen des Projekts werden zur Inspiration erfolgreiche politische Aktionen und Kampagnen vorgestellt. Junge Menschen sind eingeladen, ihre politischen Ideen einzubringen. 150 von ihnen werden zu einer geplanten Konferenz des Projekts nach Brüssel eingeladen, um ihre Ideen vorzustellen und gemeinsam Aktionspläne zu erarbeiten.

- [Projekt „The 25 Percent“](#) 

### 5 Rights Foundation: Forderung von Kinderrechten im Gesetz über digitale Dienste

Die 5 Rights Foundation fordert die Verankerung von Kinderrechten im geplanten EU-Gesetz über digitale Dienste. Die Organisation setzt sich für Kinderrechte im digitalen Bereich ein und arbeitet in den fünf Feldern kindgerechte Gestaltung, Kinderschutz, Kinderrechte und Medienkompetenz. Die 5 Rights Foundation weist darauf hin, dass eine:r von fünf Nutzer:innen digitaler Dienste in der EU ein Kind ist. Dennoch bewegen sich Kinder in einem digitalen Umfeld, dass von Erwachsenen für Erwachsene geschaffen wird und ihre Bedürfnisse nicht umfassend berücksichtigt. Kinder seien regelmäßig mit Inhalten konfrontiert, die sie nicht verarbeiten können, würden zu viel Werbung und Falschinformationen sehen, Datenschutzentscheidungen treffen müssen, die sie nicht überblicken können und zu Käufen verleitet. Die Organisation fordert das EU-Parlament und den Ministerrat auf, eine Klausel über Kinder in das EU-Gesetz über digitale Dienste aufzunehmen. Sie solle alle Anbieter verpflichten, für Inhalte ohne Altersbeschränkung eine Beurteilung unter dem Gesichtspunkt der Kinderrechte vorzunehmen.

- [Stellungnahme zum geplanten EU-Gesetz über digitale Dienste der 5 Rights Foundation](#) 

## Berichte und Studien

---

### EU-Kommission: Bericht zur Beschäftigung und sozialen Entwicklung

Die EU-Kommission hat ihren Bericht über Beschäftigung und soziale Entwicklung in Europa für 2021 herausgegeben. Auch für dieses Jahr werden negative Auswirkungen der Covid-19 Pandemie festgestellt. Die Beschäftigung stieg nur in Bereichen, die eine geringe soziale Interaktion erfordern und in denen viele



Mitarbeiter:innen im Home-Office arbeiten können. In Branchen, in denen die Arbeit nicht ohne Kontakt zu Kund:innen und Mitarbeiter:innen ausgeführt werden kann, ging die Beschäftigung deutlich zurück. Besonders betroffen waren Gastronomie, Hotellerie und Tourismus. Die Auswirkungen der Pandemie sind regional sehr unterschiedlich verteilt. Sie haben Ungleichheiten verstärkt, die bereits vor der Krise bestanden. So sind ländliche Gegenden stärker vom Beschäftigungsrückgang betroffen. Regionen mit hoher Produktivität, vielen gut qualifizierten Einwohner:innen, hoher Investition in Forschung und Entwicklung und verlässlicher digitaler Infrastruktur konnten die Effekte der Pandemie besser auffangen.

- [Employment and Social Developments in Europe review 2021](#)  

### OECD: Bericht zu den Problemen junger Menschen in der Pandemie

Die OECD hat eine Auswertung ihres „Risks That Matter“ Surveys herausgegeben, die sich speziell mit den Problemen und Sorgen junger Menschen in der Covid-19 Pandemie beschäftigt. Der Survey wurde erstmalig im Jahr 2018 durchgeführt und erscheint nun mit Daten aus dem Jahr 2020 zum zweiten Mal. Er soll subjektive Erwartungen und Einstellungen der Bevölkerung und ihre Erwartungen an die Sozialpolitik abbilden. Der Survey wird in 25 OECD-Staaten erhoben und enthält Daten von 25.000 Teilnehmer:innen im Alter von 18 bis 64 Jahren. Die Auswertung zur Situation junger Menschen in der Covid-19 Pandemie zeigt, dass 51 Prozent von ihnen von Kurzarbeit, verringerter Arbeitszeit oder Lohnkürzungen betroffen waren. Junge Menschen mit geringem Einkommen und niedrigen Qualifikationen mussten häufiger ihre Arbeit unterbrechen oder Arbeitszeit reduzieren. Auch in Staaten mit geringen Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt und die allgemeine wirtschaftliche Situation, sind 63 Prozent der jungen Menschen besorgt um ihre finanzielle Absicherung. Zwei Drittel von ihnen sind der Meinung, dass Staaten stärker politisch regulieren sollten, um wirtschaftliche und soziale Stabilität zu garantieren. Vier von zehn Befragten gaben an, dass die Bedürfnisse junger Menschen bei der Planung und Reform öffentlicher Güter und Leistungen nicht genügend einbezogen würden.

- [OECD: Young people's concerns during COVID-19: Results from Risks That Matter 2020](#) 

### Joint Research Centre: Bericht über Einsamkeit in der EU

Die Gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC) der EU-Kommission hat einen Bericht zur Einsamkeit in der EU herausgebracht. Anlass war die soziale Distanzierung in der Covid-19 Pandemie, die für viele Menschen auch eine soziale Isolation bedeutet habe. Im ersten Teil des Berichts wird der Forschungsstand zur Einsamkeit und Isolation in der EU und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen dargestellt. Daraufhin wird mit Daten aus verschiedenen Umfragen zur Lebenszufriedenheit die Situation der Menschen in der EU vor (im Jahr 2016) und während der Pandemie verglichen. Die Zahl der Teilnehmer:innen, die angaben sich einsam zu fühlen, hat sich im Vergleich dieser Zeitpunkte von zwölf auf 25 Prozent mehr als verdoppelt. Besonders betroffen waren junge Menschen und Menschen, die allein leben. Personen in stabilen ökonomischen Verhältnissen und mit guter Gesundheit gaben seltener an, sich einsam zu fühlen. Zwischen den Geschlechtern und im Vergleich von Stadt und Land wurden keine Unterschiede festgestellt.

- [JRC: Loneliness in the EU](#)  

## Eurostat: Interaktive Statistiken zur Demographie Europas

Das statistische Amt der EU Eurostat hat die neue Statistik „Demographie von Europa“ veröffentlicht. Mit Visualisierungen und einer interaktiven Gestaltung will Eurostat seine Statistiken einer neuen Zielgruppe nahebringen. Die interaktiven Statistiken sind in vier Teile gegliedert. Der Abschnitt zur Bevölkerungsstruktur zeigt die Entwicklungen der Gesamtbevölkerung seit dem Jahr 2000. Im Bereich zum Wandel der demographischen Zusammensetzung werden Daten zu Geburten, Geburtenraten, Lebenserwartung und Sterblichkeit vorgestellt. Der Bereich Diversität der Bevölkerung beschäftigt sich mit Migration und Auswanderung sowie der Mobilität innerhalb der EU. Ein weiterer Abschnitt betrachtet Daten zu Eheschließungen, Heiratsalter und Scheidungen. Im Mai dieses Jahres war bereits ein ähnliches Tool von der EU-Kommission erschienen, der Atlas der Demographie (s. [EuropaNews 05/21](#)).

- [Demography of Europe](#) 

## UNECE: Policy Brief zum Altern im digitalen Zeitalter

Die Wirtschaftskommission der UN für Europa (United Nations Economic Commission for Europe, UNECE) hat ein Kurzdossier mit politischen Empfehlungen zum Altern im digitalen Zeitalter herausgegeben. Darin werden Daten zur Internetnutzung verschiedener Altersgruppen in Europa dargestellt, die eine deutliche Kluft zwischen Jüngeren und Älteren aufweisen. Innerhalb der Altersgruppen zeigen sich zudem Unterschiede zwischen sozioökonomischem Status, Bildungsgrad, (ehemaligen) Berufsgruppen, Geschlecht sowie ländlichen und städtischen Gebieten. Die UNECE schlägt zur besseren Anbindung aller Älteren vor, die flächendeckende Versorgung mit guter Internetverbindung zu sichern. Außerdem sollten Bedürftigen finanzielle Unterstützung für Geräte und Software zugänglich sein. Besonders öffentliche digitale Angebote sollten so gestaltet werden, dass sie für alle Altersgruppen nutzbar sind. Zum Erlernen der Nutzung von e-Governance-Services und Online-Banking müsste Älteren Beratung und Unterstützung zur Verfügung stehen.

- [UNECE Policy Brief: Ageing in the Digital Era](#)  

## ESPN: Kurzberichte zu sozialpolitischen Entwicklungen

Das European Social Policy Network (ESPN) hat Kurzberichte über sozialpolitische Neuerungen in Deutschland, Irland, Polen, Rumänien und Schweden veröffentlicht. Der Kurzbericht zu Deutschland handelt vom Aufbauprogramm für das Gesundheitssystem zur Überwindung der Schwierigkeiten in der Pandemie. In Irland wird eine Reform des Sozialsystems diskutiert, nach der derzeit unbezahlte Arbeit wie Pflege bei Sozialleistungen berücksichtigt werden soll. In Polen steht eine Reform des Rentensystems an: Da wenig Vertrauen in Vorsorgemodelle besteht, nehmen nur ein Drittel der Angestellten an einem betrieblichen Altersvorsorgeprogramm teil. Zwei weitere Kurzberichte zu Polen handeln von den Arbeitsbedingungen in der sozialen Arbeit und den Konsequenzen der Pandemie für das Gesundheitssystem. Der Bericht zu Rumänien beschäftigt sich mit Sozialleistungen für Bevölkerungsgruppen, die durch Armut von der Energieversorgung ausgeschlossen sind. Der Kreis Anspruchsberechtigter soll ausgeweitet werden. In Schweden ist ein Bericht zur Situation in der Langzeitpflege während der Pandemie erschienen. Daraus geht hervor, dass strukturelle Probleme in der Pflege dazu geführt haben, dass Ältere nicht ausreichend geschützt werden konnten.

- [ESPN Kurzbericht Deutschland](#)  
- [ESPN Kurzbericht Irland](#)  



- [ESPN Kurzbericht Rentensystem Polen](#)  
- [ESPN Kurzbericht Arbeitsbedingungen Sozialarbeit Polen](#)  
- [ESPN Kurzbericht Auswirkungen Covid-19 Gesundheitssystem Polen](#)  
- [ESPN Kurzbericht Rumänien](#)  
- [ESPN Kurzbericht Schweden](#)  

## ECDC: Bericht über Covid-19 bei Kindern und Schulbildung in der Pandemie

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat einen Bericht erstellt, in dem die aktuellen Kenntnisse zu Covid-19 bei Kindern und zu der Rolle der Schulen im Infektionsgeschehen zusammengefasst werden. Darin wird betont, dass Kinder zwar seltener schwer an Covid-19 erkranken, die Infektion aber verbreiten können. Langzeitfolgen von Covid-19 bei Kindern seien noch nicht ausreichend untersucht. Die Autor:innen verweisen darauf, dass die zugrunde liegenden Daten sich nicht auf die neue Delta-Variante des Coronavirus beziehen. Ansteckungsraten und Krankheitsverläufe von Kindern könnten sich unter Einfluss dieser und weiterer Mutationen im kommenden Herbst verändern. Obwohl nach dem Sommer ein erneuter Anstieg der Infektionszahlen erwartet wird, seien Expert:innen und Politiker:innen sich einig, dass Schulschließungen das letzte Mittel zur Eindämmung der Pandemie sein müssen. Umso wichtiger seien Hygienekonzepte und Pläne zur Kontaktverfolgung sowie für Quarantänemaßnahmen.

- [ECDC: Covid-19 in children and the role of school settings in transmission](#)  

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
7. Sept. 2021 Online	<a href="#">Gesellschaftliche Teilhabe jenseits urbaner Zentren: Wie können wir Transformationen in strukturschwachen Räumen nachhaltig gestalten?</a>	Dienstagsdialoge für ein Einstein Center for Population Diversity
13. – 16. Sep. 2021 Online	<a href="#">The Social and Solidarity Economy: From the Margins to the Mainstream</a>	OECD
14. Sep. 2021 Online	<a href="#">Family Group conferencing –a right and opportunity for every person and every family</a>	COFACE: European Family Lab Breakfast Bytes
1. Okt. 2021 Online	<a href="#">UN International Day of Older Persons: Digital Equity for All Ages</a>	UN Department of Economic and Social Affairs

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

